

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste Zeitung
Abend & Komp. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Feilzeile mit 35 Pf. berechnet, bei erstmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonzigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 212.

Dresden, Mittwoch den 12. September 1917.

28. Jahrg.

Wahlrechtsfeinde in der Kriegszeit

Die sächsische Wahlrechtsreform an der Drehscheibenpolitik gescheitert.

Die Beute der Schlacht von Riga: 8900 Gefangene — 325 Geschütze.

(W. T. B.) Kmitz, Großes Hauptquartier, den 12. September 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In mehreren Abschnitten der Nordfront, im Arctis und nördlich von St. Quentin lebte die Feuerstätigkeit in den Abendstunden beträchtlich auf. Mehrfach kam es zu Zusammenstoßen der Infanterie im Vorfeld der Stellungen.

Seeresgruppe deutscher Kronprinz:

Nach harter Feuerwirkung brachen französische Abteilungen zu gewissen Entschörungen beiderseits der Straße Somme-Poissin in der Champagne vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampf zurückgetrieben. Gefangene blieben in unserer Hand. Der Verbund hat die Kampftätigkeit der Artillerie nachgelassen.

19 feindliche Flieger sind abgeschossen worden; einen davon brachte Leutnant Boh (46. Luftflieg) zum Abtun.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

In mehreren Stellen zwischen Ostsee und Dina warfen unsere Vortruppen russische Artillerieabteilungen durch Kampf zurück. Die Gefangenenzahl aus der Schlacht bei Riga ist auf 8900 festgestellt; die Beute beläuft sich auf 325 Geschütze, davon ein Drittel schwere mehrere beladene Voll- und Kleinbahnzüge, große Munition, Gerüst, Schichtbedarf und Verpflegungsvorräte, zahlreiche Kraftwagen und andere Truppenfahrzeuge.

Front des Generaloberst Grafen von Jochow:
Zwischen Pruth und Kolbawa vielfach rege Artillerietätigkeit und Gefangenenerfolge.

Die Russen setzten bei Sella ihre Angriffe nicht fort. Schwere Artillerie von Tergul-Otina ließ der Feind fälschlich gegen unsere Stellungen vor; sie wurde er verlustreich abgewiesen.

Mazedonische Front.

Die Lage am Südwestufer des Ohrida-Sees hat sich nicht wesentlich verändert.

Im Westen von Konakir führten Feuer als in letzter Zeit.

Der erste Generalquartiermeister: Lubenski.

Die Aussichten für eine sächsische Wahlrechtsreform waren gewiß nicht mehr günstig, nachdem die Regierung im Verfassungsausschuss allen Wahlrechtsforderungen ein brüskes Nein entgegengelegt hatte. Doch hätte sich doch noch ein wesentlicher Fortschritt erzielen lassen, wenn die Nationalliberalen sich nur halbwegs dazu hätten aufraffen können, den Ruf nach mehr Berechtigung beim Landtagswahlrecht ensprechend zu handeln. Seither war die Wahlrechtspolitik dieser Partei ein jammervolles Schwanken und klägliches Verjagen vor jeder Forderung nach politischer Rechtsgleichheit. Sie sprachen davon, daß das Parallelsystem noch nicht genügend erprobt sei, und meinten damit offensichtlich nur, abwarten zu wollen, ob es ihnen dauernd politische Vorteile sichere und dem Volk ein Lieberwicht im Landtage gewährleiste. Denn einer objektiven Prüfung konnte das jetzige sächsische Wahlrecht von jeher nicht standhalten. Es kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß bei diesem System die Stimmung des Volkes und der Wählermassen niemals zum Ausdruck kommen kann, daß die Zusammenlegung des Landtags vielmehr nur ein Herrbild des Volkswillens bietet, solange die Stimmen nach Einkommen und Besitz zugemessen werden und die Mehrzahl der werktätigen Wähler nur mit einem Viertel des Stimmrechts abgefunden wird, das die Besitzenden haben.

Daß die Volksgenossen mit dem Vierstimmrecht jetzt zum größten Teil ihre Leben für die Verteidigung des Vaterlandes einsehen, daß ihre Familien und sonstigen Angehörigen im Kampfe um des Reiches Dasein die größten Opfer bringen — das berührt anscheinend weder die Nationalliberalen noch die Konservativen. Ohne Rücksicht auf die Opfer der unterdrückten Volksgenossen soll das Stimmrecht nach dem Krieges wieder nach der Größe des Geldbetrags oder des sonstigen Besitzes zugemessen werden. So wollen es die bürgerlichen Parteien auf der Rechten und nicht zuletzt auch die Nationalliberalen.

Legteres ist gestern klar zutage getreten, nachdem die Herren um Göttinger über ihre endgültige Haltung Dunkelheit verbreitet, ja den Anschein erweckt hatten, als seien sie gewillt, wenigstens Konzeptionen zu machen. Von einem Wahlrecht, das allgemein und direkt sein und nur eine Alterszustimmung haben sollte, sprach man noch in der letzten Sitzung auf einer Seite. Als es aber zur Entscheidung kam, stand nur einer von ihnen zu dieser Forderung; die übrigen stimmten alle Anträge nieder, die einen Fortschritt vorbeizien konnten. Schließlich kamen die Herren um Göttinger mit einem Antrage, der eine Prüfung der Wahlrechtsfrage auf Grund der preussischen Erfahrungen forderte. Wenn überhaupt eine Spur rechten Willens dahinter stand, hätte das eine Verschiebung der Wahlrechtsreform auf viele Jahre hinaus bedeutet. Denn man wollte ja nicht etwa nur die preussische Wahlrechtsreform abwarten, sondern auch die mit dem neuen preussischen Wahlrecht gemachten Erfahrungen. In Wirklichkeit wollte man mit dem Antrage Göttinger aber überhaupt nichts weiter, als die Laitsache der nationalliberalen Ablehnung verwickeln. In einer Zeit, wo die Opfer des Volkes die politische Ungleichheit als verdoppeltes Unrecht erscheinen lassen, hätte ein solcher Antrag wie eine Verhöhnung des nach Rechtsgleichheit rufenden Volkes anmuten müssen. Deshalb waren ihn auch die sozialdemokratischen Vertreter dahin, wo er hingehörte, in den Ort.

Eindringlich haben unsere Genossen den bürgerlichen Vertretern im Verfassungsausschuss vorgehalten, daß Sachsen das schlechteste Wahlrecht von allen deutschen Staaten haben werde, wenn in Preußen die seitlich angelegte Wahlrechtsreform durchgeführt sei. Es müßte alles nichts. Sowohl Nationalliberaler wie Konservativer waren nicht von jeder objektiven Würdigung der Wahlrechtsansprüche des Volkes entfernt; sie hielten es auch nicht der Mühe wert, die schweren, dem Volke auferlegten Kriegsofer mit der Stimmenverteilung nach dem Geldbetrags zu vergleichen, wie beim jetzigen Landtagswahlrecht stattfindet. Nur das eigene Parteinteresse stand ihnen vor Augen. Die Furcht vor einer sozialdemokratischen Mehrheit in einem durch freie Wahl zustande gekommenen Landtag bestimmte ihr Handeln. In Wirklichkeit war es das graue Angen vor dem Urteil des jetzt entrechteten Volkes. Die Frage und ja so: Soll das sächsische Volk bei den nächsten Wahlen überhört werden mit dem Stimmzettel zum Ausdruck

bringen dürfen, soll der Landtag ein Spiegelbild der Volkstimmung werden oder nicht? Die sozialdemokratischen Vertreter forderten das mit allem Nachdruck, die bürgerlichen Vertreter suchten das mit allen Mitteln zu verhindern, als erkaufte sie ein Grauen vor einem Landtag, der den Volkswillen widerspiegelt. So ist die empörende Wahlrechtsfeindschaft, der Bille zur Fortsetzung der Volkstrennung zugleich die Bankrotterklärung der konservativ-nationalliberalen Politik in Sachen.

Vor allem aber haben die Regierung und die maßgebenden bürgerlichen Parteien durch ihre Wahlrechtsfeindschaft bekundet, daß sie himmelweit davon entfernt sind, die Zeichen der opfervollen Zeit zu verstehen. Die Vorgänge in Preußen, die kaiserlichen Wahlrechtsverprechen scheinen spurlos an ihnen vorübergegangen

zu sein; sie glauben sich weiter auf einem politischen Festland stehen zu können, der auf einer plutokratischen Volkstrennung aufgebaut ist. Sie glauben jetzt wohl, alle Angriffe darauf zurückgewiesen zu haben. Sie werden sich täuschen. Nun wird und muß der Kampf erst recht entbrennen. Noch ist er im Landtage noch nicht ausgefochten. Die für ein besseres Wahlrecht kämpfende Rinderkette wird ihre Forderungen im Plenum der Zweiten Kammer erneut erheben und dort den Kampf eröffnen. Es mag sein, daß heute schon über den Ausgang kein Zweifel bestehen kann, aber dann wird der eigentliche Wahlrechtskampf erst beginnen! Wie er weiter ausgefochten wird, das hängt vom entrechteten Volke und den sonstigen Verhältnissen ab. Vielleicht verschleiben die Kriegsnöte die Situation etwas, aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß im Lande nicht eher Ruhe wird, bis man dem Volke ein gerechtes Wahlrecht gegeben hat

Bürgerkrieg in Rußland.

Korenkij's Stellung gefestigt. — Abfall der Truppen von Kornilow.

Die Ereignisse in Rußland zeigen von Tag zu Tag ein neues Gesicht und es ist schwer, die gegen einander ringenden Kräfte und ihre Aussichten richtig abzuschätzen. Nachdem Kornilow die Absetzung Kornilow's anbefohlen hatte, kamen Nachrichten, die den erfolgreichen Marsch Kornilow's auf Petersburg meldeten und das Scheitern Korenkij's als möglich oder sogar wahrscheinlich erscheinen ließen.

Neuere Nachrichten zeigen jedoch ein anderes Bild: Die unwahrscheinliche Nachricht von Korenkij's Ermordung ist erlegt und Korenkij scheint im Besitz der Macht zu verbleiben, während Kornilow's Pläne angesichts der Haltung der Truppen sich als unausführbar erweisen.

Auf Korenkij's Aufforderung, den Oberbefehl niederzulegen, hatte Kornilow eine Antwort erteilt, die Resur also übermittelte:

Wb. Petersburg, 11. September. Infolge einer Aufforderung des Oberbefehlshabers Kornilow ist das ganze Kabinett zurückgetreten, um Korenkij's volle Handlungsfreiheit zu gewährleisten. Alle Minister führen vorläufig die Geschäfte fort. Morgens war die Stadt ruhig.

Diese Neuermeldung war nicht in allen Punkten klar, aber der Sinn konnte der sein, daß der militärische Diktator den Diktator der provisorischen Regierung aufgefordert hat, mit seinem Kabinett zurückzutreten. Die Kraftprobe zwischen den Kräften um Korenkij und denen um Kornilow war nach diesem Rollenwechsel der beiden Diktatoren nicht mehr zu umgehen. Einer mußte weichen. Dailh News wollten aus der russischen Hauptstadt wissen, daß Kornilow drans und drans sei, mit einem Teil seiner Korbarmer gegen den Sitz der provisorischen Regierung zu marschieren.

Jedenfalls scheint Kornilow der Überzeugung gewesen zu sein, daß ihm der Augenblick für die Durchführung seines revolutionärsfeindlichen Programms günstig ist. Seit der Potsdamer Konferenz, wo die beiden Diktatoren mit ihrem Anhang, wo der A. und S.-Rat und das Inoffiziell-imperialistische Lager trotz allen Verlobungsversuchen (Kor)

aufeinander plachten, seit dieser Konferenz war Kornilow's Programm klar: Wiedereinsetzung der aufgelösten Duma mit ihrer bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit als richtunggebenden Faktor, Vereinfachung des A. und S.-Rats, Errichtung einer rücksichtslosen Militärarkitektur nicht nur an der Front, sondern auch im Lande. Der populäre General, der verwundet in österreichische Gefangenenschaft geriet und daraus entflo, den in Rußland der Rimbus tapfer bestandener Abenteuer umschwebt, war für die enthronten Imperialisten Gutschkow und Wilschew wie für die bürgerlich-kapitalistische Radettenpartei der gegen Korenkij allein brauchbare Mann. Und hinter ihm stehen die verbündeten Weltmächte England und Amerika, die in Korenkij den Vertrauensmann des friedensfeindlichen A. und S.-Rats erblickten.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur vom 11. September war der Vormarsch Kornilow's schon weit gediehen. Die erste Abteilung der Truppen Kornilow's sollte bereits in Unga (100 Werst von der Hauptstadt), wo sich Abteilungen regierungstreuer Truppen befinden, eingetroffen sein. Die sogenannte „wilde Division“, die Kornilow befehligt hat, verließ Ufow und legte sich in der Richtung auf die Hauptstadt in Bewegung. Sie ist auf der Station Strygo (54 Werst von Petersburg) an der Linie Petersburg-Ribinsk eingetroffen, wo der ganze Zugverkehr stillgelegt worden ist.

Schnell aber erwiderten diese Meldungen überholt und die folgenden neueren Berichte zeigen Korenkij's Stellung fester und aussichtsreicher:

Stockholm, 12. September. Die gestern von Stockholm gebrachte Meldung, Korenkij sei ermordet worden, ist bisher nicht bestätigt und wird allgemein für unrichtig gehalten.

Petersburg, 11. September.

Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet: Die von Kornilow organisierte Aufstandsbewegung wird von fast der ganzen Land- und Seestreitmacht mißbilligt und nähert sich rasch dem Zusammenbruch. Die Befehlshaber an allen Fronten, mit Ausnahme des Generals Denikin, haben ihre volle Übereinstimmung mit dem